



Berlin, 29. November 2005

Entführung im Irak: Signal für neue Bedrohungsdimension

Berlin. Verstärkte Anstrengungen im Kampf gegen den Terrorismus fordert die Gewerkschaft der Polizei (GdP) nach der Entführung einer deutschen Archäologin im Irak. GdP-Vorsitzender Konrad Freiberg: „Das ist ein Signal, dass die Schonzeit auch der Länder, die sich richtigerweise nicht mit militärischen Mitteln am Irakkrieg beteiligt haben, offenbar vorbei ist. Damit steht auch Deutschland im Fadenkreuz des internationalen islamistischen Terrorismus.“ Der Entführungsfall strafe all jene Lügen, so die GdP, die der Auffassung sind, der beste Schutz gegen Terrorakte sei die Nichteinmischung.

Freiberg: „Es ist völlig egal, wie sich ein Land verhält. Der islamistische Terrorismus lässt sich in seiner Verblendung, mit Mord und Totschlag auf der ganzen Welt ein so genanntes Gottesreich errichten zu wollen, keine Zugeständnisse abringen. Wer seinen Zielen nicht folgt, kann beliebig gequält oder vernichtet werden.“

Für Deutschland müsse dies ein Ende der Streitereien um effiziente Bekämpfungsmethoden gegen den Terrorismus bedeuten. Freiberg: „Das quälende politische und juristische Tauziehen zum Beispiel über notwendige Abhörmaßnahmen, muss aufhören. Der Ermittlungs- und Fahndungsdruck auf potentielle Attentäter darf durch den Personalabbau bei der Polizei nicht weiter geschwächt werden.“

Die Polizei müsse personell in die Lage versetzt werden, die rund 100 bekannten islamistischen Gefährder in Deutschland lückenlos zu überwachen. Freiberg: „Heute sind wir dazu nur sehr begrenzt in der Lage.“

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle

Pressesprecher:

Rüdiger Holecek (Handy: 01 72 - 7 12 15 99)

Berlin:

Stromstraße 4, 10555 Berlin

Telefon: (0 30) 39 99 21 (0)- 117/116

Telefax: (0 30) 39 99 21 - 190